

16. Sitzung des Bundesrates vom 6. März 1953.Vorsitz: Herr Bundespräsident Etter.Abwesend: Herr Feldmann.Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.Beginn: 09.00 Uhr.Schluss: 10.50 Uhr.Berner Verfassungsfeier:

Herr Bundespräsident schlägt den Text eines Glückwunschtelegrammes vor, der genehmigt wird.

Stalins Tod:

Herr Petitpierre: Es ist verfrüht, eine Prognose anzustellen über die Einstellung der Nachfolger. In gewissen Hauptstädten glaubt man, dass sich Situation verschärfen wird, in andern denkt man, dass sich nichts ändern werde. Stalin war nicht Staatschef. Beileidschreiben ist an Schwernick zu richten, der eigentlicher Staatschef ist. Herr Petitpierre und zwei Mitarbeiter werden Kondolenzbesuch auf russischer Gesandtschaft machen. Schweizerischer Minister wird kondolieren und evt. Kranz niederlegen, sich aber vorher noch bei den Gesandten von Schweden und Indien erkundigen, was sie machen. Vielleicht wird russische Gesandtschaft in Bern ein Register auflegen, um sich einzutragen.

Herr Bundespräsident: In solchen Fällen schicken die Mitglieder des Bundesrates ihre Karten. Man pflegt sich nicht in solche Register einzutragen.

Herr Petitpierre: Werde der Presse ein Communiqué geben.

Kleine Anfrage Arnold.

Herr Kobelt: Sollte man nicht den 3. Absatz streichen. Auch der letzte Absatz ist nicht ganz am Platz.

Herr Weber: Gleicher Meinung. Der erste Absatz ist zu ausführlich.

Herr Bundespräsident: Würde beiden letzten Absätze streichen.

Herr Petitpierre: Nehme Geschäft zurück und werde den Wünschen Rechnung tragen.

Europäischer Rat für Atomforschung. Schweiz.Delegation für Rom.

Herr Petitpierre: Entwicklung gefällt mir nicht. Grossbritannien will auch mitmachen, hat aber bereits im Sinn, dahin zu wirken, dass auch aussereuropäische Staaten mitmachen können. Ich will Instruktionen geben, dass sich unsere Vertreter gegen die Aenderung der ursprünglichen Konzeption wehren. Herr Picot hat sehr gealtes. Das Laboratorium ist eine fixe Idee von ihm geworden. Wir müssen immer schauen, dass er möglichst nicht schädlich wirkt. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass wir einmal zurücktreten müssen.



Ständige Delegation bei der Hohen Behörde der Montanunion.

Herr Weber: Mit Delegationsbestellung einverstanden, dagegen Vorbehalt gegen Beförderung von Herrn Bauer zum Minister. Habe Bedenken wegen Spannungen und Doppelspurigkeit, die entsteht, wenn wir in Paris zwei Minister haben. Es heisst, Herr v. Salis wolle wegen dieser Spannungen zurücktreten.

Herr Petitpierre: Angelegenheit bereits geregelt. Tatsächlich ist Spannung zwischen Salis und Bauer entstanden. Salis kranker Mann, der 1954 zurücktreten wird. Er hat u.a. behauptet, ich verstehe ihn nicht und wolle Botschafter werden in Paris. Posten in Paris zu schwer für ihn, leidet auch unter dem Ruhm seines Vorgängers.

Der Dienst des Herrn Bauer wird vollständig von der Gesandtschaft getrennt. Herr v. Salis ist mit der Verleihung des Ministertitels einverstanden. Es handelt sich nur um eine Titelverleihung. Kosten werden daraus nicht erwachsen.

Herr Weber: Bin mit Bezug auf Verhältnis v. Salis - Bauer nicht beruhigt. Pensionierung von Herrn v. Salis könnte uns viel kosten. Auch sonst möchte ich finanzielle Konsequenzen der ganzen Regelung besser überblicken.

Herr Rubattel: Man darf Fall Bauer und v. Salis nicht verbinden. Bauer wird Schweiz. Delegation führen bei der Konferenz über die Integration der Europäischen Landwirtschaft. An Konferenzen, wo das Ausland durch Minister vertreten ist, dürfen wir nicht Subalterne hinschicken.

Herr Weber: Könnte man die Beschlussfassung nicht bis zur nächsten Sitzung verschieben?

So beschlossen (s. Protokoll vom 9.3.53.)

Preiskontrolle, Brotgetreideversorgung und Milchstatut.

Herr Rubattel: Kommission hat bei Preiskontrollvorlage im allgemeinen dem Bundesrat zugestimmt. Bei Art. 3 ist eine Differenz. Mehrheit will stufenweise generelle Bewilligungen von Mietzinserhöhungen ab 1954 vorsehen. Eine Minderheit will Antrag des Bundesrates unterstützen. Hackhofer beantragt eine erste Lockerung im Laufe von 1954. Wir sollten der Mehrheit der Kommission beipflichten. Ferner sollten wir die *Evangelienlehre beibehalten*.

Bei der Brotgetreideversorgung wurde nur im letzten Artikel eine schärfere Formulierung gewählt. Wir können zustimmen.

Beim Milchstatut hat man im Allgemeinen zugestimmt. Heute letzte Sitzung wegen gewissen Differenzen. (Frage, ob man Bang ausschalten kann; grosse Debatte über Milchversorgung in den Städten). Ein Postulat eingereicht, in dem ein Bericht verlangt wird über die Käseunion.

Herr Weber: Gestattet die Fassung der Mehrheit, dem Bundesrat die Mieten zu erhöhen, wann er es für richtig erachtet entsprechend der wirtschaftlichen Lage?

Herr Rubattel: Man überlässt es dem Bundesrat, nach dem Zeitpunkt zu bestimmen, wann er erhöhen will.

Herr Weber: Was Getreideordnung anbelangt, muss man sehr vorsichtig sein mit der Anpassung des Brotpreises. Bei Teigwaren kann man es eher wagen. Bei Brot sollte man zuerst mit Konsumentkreisen reden.

Herr Rubattel: Wir müssen in der Zeit von vier Jahren alle diese Kriegsüberreste liquidieren. Wir müssen deshalb schauen, dass wir nicht alle drei Probleme zur gleichen Zeit lösen. Werde nichts machen, ohne den Bundesrat zu konsultieren.

Kanton Waadt. Zentenarfeier.

Herr Rubattel: Es sind zwei Tage vorgesehen, der 13. und der 14. April. Wann wollen Herr Kobelt und Herr Escher gehen?

Es wird bestimmt, dass Herr Rubattel schon am 13.4. teilnimmt. Herr Kobelt und Herr Escher kommen am 14.4.

Mitteilung an Kanton Waadt durch Bundeskanzlei.

Herr Weber: Sollen waadtländische Bundesbeamte an diesen Tagen frei bekommen?

Herr Rubattel: Regierungsrat hat die Idee, dem kantonalen und Gemeindepersonal am 14. freizugeben.

Herr Weber: Werde mich noch direkt erkundigen.

Eingabe Glarus. Prangelstrasse.

Herr Kobelt: Habe Schreiben von Glarus erhalten. Man ersucht mich, eine Delegation zu empfangen und zusammen mit dem Dept. des Innern die Frage des Ausbaues der Prangelstrasse zu besprechen, weil dem Kanton zugemutet wird, Klöntalerstrasse zu übernehmen.

Herr Etter: Es handelt sich um eine Strasse, die als Güterstrasse gebaut wurde. In erster Linie ist EVD interessiert. Wir können sie nicht als Alpenstrasse anerkennen.

Herr Rubattel: Die Sache geht nicht weiter, weil Schwyz nicht fortsetzen kann.

Beschluss: Herr Etter und Herr Rubattel werden Glarner während Frühjahrssession einladen. Führung beim Dept. des Innern. BK soll Glarus verständigen.

S. auch ordentliches Protokoll.

Motion Seiler zum Beamtengesetz.

Herr Weber: Es wird verlangt, eine Erhöhung der Kinderzulage auf 300 Fr. Solche Motion können wir als bindenden Auftrag nicht annehmen. Als Postulat könnte man das entgegennehmen. Wenn die Teuerungszulagen abgebaut werden, könnte man den Einbau der Kinderzulagen im Gesetz prüfen.

Eishockey Welt- und Europameisterschaft.

(S. ordentliches Protokoll.)

Bewachungsmannschaft für den Bundesrat.

Es wird beschlossen, Herrn Oberstlt. Maurer durch die Bundeskanzlei mitteilen zu lassen, dass er sich wegen dieser Vorstellung direkt mit den einzelnen Bundesräten in Verbindung setzen soll.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Bundeskanzlei	<u>Wirtschaftliche Messen. Delegation des Bundesrates.</u>
Politisches Dept.	<u>Institut international pour l'unification du droit privé.</u> <u>Conseil européen pour la recherche nucléaire.</u> <u>5ème session du comité intergouvernemental des migrations européennes.</u> <u>Durchführung der abgeschlossenen Verträge in Bonn.</u> Herr Bundespräsident: Sowohl auf der Liste für die Bewertungsstelle als auch bei der Rekursinstanz sind auffallend viele Zürcher und es fehlt Vertreter der welschen Schweiz. Herr Petitpierre: Die Zusammenstellung der Liste und der Rekursinstanz sehr kompliziert. Praktische Gründe sprechen neben der Eignung für die Wahl von verschiedenen in Zürich domizilierten Persönlichkeiten. In Rekursinstanz sind zwei ehemalige Bundesrichter, die beide in Zürich wohnen, aber von denen Herr Bloch von Basel ist. Dann sind als Welsche Herr Jeanprêtre und Herr Ceppi da. Welsche Schweiz, die weniger mit diesen Sachen zu tun hat, ist genügend vertreten. Herr Bundespräsident: Mit Rekursinstanz kann ich mich einverstanden erklären. Auf Liste hat es aber keinen einzigen Welschen. Herr Petitpierre: Werde prüfen, ob wir Liste noch ergänzen sollen.
Dept. des Innern.	<u>Jagd und Vogelschutz. Genehmigung von zürcherischen Erlassen.</u>
Justiz & Polizeidept.	<u>Kleine Anfrage Vincent.</u> <u>Girokonto I der Deutschen Reichsbank.</u> <u>Spielgenehmigung Kursaal Montreux.</u>
Militärdepartement	<u>Verordnung über den Territorialdienst.</u> <u>Begnadigungsgesuch Bernauer.</u> <u>Mutationen von Stabsoffizieren.</u>

- 5 -

Finanz & Zolldept. Regelung des Grenzverkehrs mit Italien.
Teuerungszulagen für das Bundespersonal.
Kreditübertragungen 1952/53.

Volkswirtschaftsdept. Bekämpfung des Lohn- und Preisauftriebes.
Kleine Anfrage Muret.
Sozialversicherungsabkommen mit Italien.
